

Wels, am 28. November 2022

INITIATIVANTRAG

Büro des Bürgermeisters
Eingel. am 28. Nov. 2022
Top.Nr. 31598 14^{oo}

INITIATIVANTRAG

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion stellt gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Personalreferent der Stadt Wels wird beauftragt, in Zusammenarbeit und Abstimmung mit der zuständigen Referentin, eine Ausbildungsoffensive für Pflegeberufe aller notwendigen Qualifikationsstufen zu initiieren und den Stadtsenat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Begründung:

Pflegebedürftigkeit steigt

Der Anteil der Senior:innen hat in Österreich zugenommen und diese werden 2030 an die 25% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Im Jahr 2030 werden in OÖ an die 360 000 Menschen über 65 Jahre und rund 100 000 Menschen 80 Jahre oder älter sein. Mit steigendem Lebensalter steigt auch die Anzahl derer, die pflegebedürftig werden. Zurzeit sind in OÖ an die 85.000 Menschen pflegebedürftig, bis 2030 sollen es an die 100 000 sein.

Die Gesellschaft steht vor einer riesigen Herausforderung in Bezug der Aufrechterhaltung der Quantität und in Folge auch der Qualität des österreichischen Pflegesystems.

Massiver Bedarf an Pflegekräften

Einer Studie des GÖG (Gesundheit Österreich GmbH) von 2019 entsprechend werden im gesamten Bereich der österreichischen Gesundheits-, Krankenpflege- sowie Sozialbetreuungsberufen mit Pflegekompetenz und der Heimhilfe für die Langzeitbetreuungsberufe mit Pflegekompetenz bis 2030

rund 76.000 zusätzliche ausgebildete Personen benötigt. Für OÖ wird ein Personalbedarf für Pflegeberufe mit 9.550 Kräften für denselben Zeitraum prognostiziert. Insgesamt ergibt sich das aus dem Ersatzbedarf aufgrund von Pensionierungen und dem Zusatzbedarf aufgrund der demografischen Entwicklung.

Welser Situation

Auch in Wels schlägt die beschriebene Personalsituation des österreichischen Pflegesystems voll durch. Zusätzlich dazu hat sich aber auch eine massive Personalkrise in von der Stadt Wels zu verantwortenden Pflegeeinrichtungen aufgebaut. So haben auch im Jahr 2022 zahlreiche Personen aus dem Pflegebereich den Magistrat verlassen oder sind zurzeit in ihrer Kündigungsfrist.

Die Auswirkungen für die Welser Bevölkerung sind fatal und mit Stand November 2022 waren insgesamt 58 Betten in den städtischen Alten- und Pflegeheimen aufgrund von Personalmangel nicht belegt. Die Häuser Leopold-Spitzer und Neustadt sind aktuell, aufgrund von fehlendem Personal, überhaupt für Neuaufnahmen gesperrt. Eine Demenz WG wurde geschlossen. Zum Stichtag warteten 35 pflegebedürftige Personen dringend auf einen Pflegeplatz. In der Kurzzeitpflege müssen Menschen auf Kurzzeitpflegebetten außerhalb von Wels ausweichen.

Strategie für den Personalaufbau in Wels

Für den Personalbereich braucht es eine sofortige Analyse der Ursachen dieses beispiellosen Personalabgangs unter Einbeziehung externer Expert:innen und die Umsetzung von geeigneten Maßnahmen die den Magistrat Wels als Dienstgeber wieder attraktiviert.

Pflege- und Betreuungskräfte erwarten sich neben spürbarer Wertschätzung und Anerkennung ihrer Arbeit auch die Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen sowie der Bezahlung.

Wichtig wird es auch sein, dass die Stadt Wels gemeinsam mit Ausbildungseinrichtungen gezielte Ausbildungsinitiativen für Pflegekräfte entwickelt und auf den Weg bringt. Ausbildungslehrgänge für alle benötigten Qualifikationsstufen sind in den ausbildungsberechtigten Einrichtungen in


Wels oder im oberösterreichischen Zentralraum ausreichend vorhanden. Gegenwärtig können geeignete Personen nicht in ausreichender Anzahl für diese Lehrgänge angesprochen werden.


Die Stadt Wels soll dafür gemeinsam mit den Ausbildungseinrichtungen Programme entwickeln. Die geeigneten Maßnahmen könnten beispielsweise von eigenen Ausbildungsstipendien, Übernahme der Auszubildenden in den Personalstand des Magistrats mit Ausbildungsbeginn und / oder kostenloser Kinderbetreuungsplatz im Laufe der Ausbildung reichen. Bei der Erarbeitung soll es keinerlei Denkverbote geben und alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und Parteien sollen in die Erarbeitung von geeigneten Maßnahmen eingebunden werden.

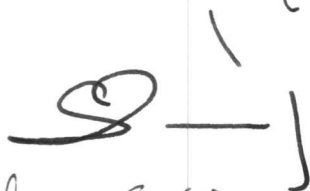
Berichterstatter:

GR. Johann Reindl-Schwaighofer

Für die sozialdemokratische Fraktion


(Ganzert)


(Reindl-Schwaighofer)



Auftrag GR
Zuweisung zust. Beschluss
25 JA (FPÖ, ÖVP, GRÖNE
MFG, NEOS)
9 NEIN (SPÖ)

Beschluss des Gemeinderates

vom 12. Dez. 2022

Antrag

einstimmig - mit Stimmenmehrheit
angenommen - ~~abgelehnt~~ - ~~zurückgestellt~~

Der Vorsitzende:

